Nr. 548 Abend-Ausgabe
B 271

Berlin

Donnerstag, 19. November 1925

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteil): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8686—9638. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Weißbuch über Locarno

Die Richtlinien des Kabinetts

Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich auf Einladung des Reichskanzlers heute vormittag in der Wilhelmstraße eingefunden, um die Erklärungen der Reichsregierung entgegenzunehmen und ihr Votum zu dem Vertrag von Locarno abzugeben. Am Nachmittag versammelt sich wieder der Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg, um den endgültigen und formellen Beschluß zu fassen, den vom Reichsaußenminister ausgearbeiteten Gesetzentwurf über den Vertrag von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten.

Damit werden die Beratungen der Regierung abgeschlossen sein. Das Werk von Locarno ist reifgemacht für letzte und maßgebende Entscheidung durch das Parlament. Am kommenden Montag wird die erste Beratung über das Gesetz von Locarno im Reichstage beginnen. Es ist vorgesehen, daß zunächst der Reichskanzler eine Regierungserklärung über die Außenpolitik abgibt, nach ihm der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die Verhandlungen und Ergebnisse von Locarno spricht. Den Ausführungen der beiden Delegierten, die das Deutsche Reich in Locarno vertreten haben, soll sich die große politische Aussprache anschließen, für die vorläufig zwei Sitzungstage in Aussicht genommen sind. Bis Montag dürfte auch das Weißbuch fertiggestellt sein, das die Reichsregierung vorbereitet und in dem die wichtigsten Dokumente veröffentlicht werden sollen, die auf Locarno Bezug haben.

Wird dieses Weißbuch auch die Richtlinien enthalten, die das Reichskabinett vor der Konferenz von Locarno beschlossen und den beiden Delegierten als Richtschnur für ihr Auftreten und Handeln mit auf den Weg gegeben hat? Diese Richtlinien sind bisher streng geheimgehalten worden, aber man hört, daß sie heute in der Konferenz der Ministerpräsidenten mitgeteilt worden sind. Vom innerpolitischen Standpunkt wäre es doch von Wichtigkeit, wenn die Kenntnis der Richtlinien nicht auf einen kleinen Kreis zur Verschwiegenheit verpflichteter Persönlichkeiten beschränkt bliebe, wenn sie zumindest auch den Parteien und am besten — sofern Rücksichten auf die außenpolitischen Interessen des Reichs es gestatten — der breiten Oeffentlichkeit bekanntgegeben würden.

Die Deutschnationalen haben, als in der bekannten Erklärung der Reichsregierung der Wortlaut des Kabinettsbeschlusses vom 22. Oktober wiedergegeben wurde, die Veröffentlichung der Richtlinien gefordert. Wäre es nicht möglich, diesem deutschnationalen Wunsche zu entsprechen, um die Deutschnationalen selbst und ihre verhetzende Agitation gegen den Vertrag von Locarno vor dem ganzen Volk ins Unrecht zu setzen.

Seitdem sie aus der Regierung ausgeschieden sind, sprechen die Deutschnationalen von einem „dritten Versailles". Sie berufen sich dabei auf die Interpretation, die einzelne Artikel des Schlußprotokolls von englischer amtlicher Seite erfahren haben, berufen sich vor allem aber darauf, daß die Delegationen in Locarno sich nicht an jene Richtlinien gehalten hätten, die vom Kabinett unter Mitwirkung der deutschnationalen Minister festgelegt wurden.

Chamberlain, auf den sich die Deutschnationalen bezogen, hat sie in seiner gestrigen Rede gründlich desavouiert. Der englische Außenminister hat unzweideutig festgestellt:

1. daß der Vertrag von Locarno Deutschland nicht des Rechtes beraubt, eine Revision des Versailler Vertrages zu fordern.

2. daß die Garantie Englands und Italiens gleichmäßig für Frankreich wie für Deutschland festgelegt ist.

Damit hat Chamberlain ausgesprochen, daß der Vertrag von Locarno nicht „Verzicht auf deutsches Land und Volk" enthält, sondern nur den Verzicht auf Gewalt, und daß Deutschland immer die Möglichkeit behält, eine Revision des Versailler Vertrages zu erstreben. Die englische Interpretation des Artikels des Locarno-Vertrages deckt sich also vollkommen mit der deutschen Auslegung. Der Berufung auf Chamberlain ist damit der Boden entzogen.

Wie aber ist es mit den Richtlinien der Reichsregierung? Persönlichkeiten, die diese Richtlinien kennen, versichern, daß die deutsche Delegation sich sehr genau an sie gehalten und in Locarno **alle jene Forderungen durchgesetzt hat, die vom Kabinett als unabweislich bezeichnet worden sind.** Wenn das zutrifft — und dieser Eindruck scheint auch in der Konferenz der Ministerpräsidenten vorherrschend gewesen zu sein — dann hat die deutsche Delegation in Locarno so verhandelt, wie es auch die damaligen deutschnationalen Minister für richtig hielten, und erreicht, was die Herren Schiele, Neuhaus und Schlieben erreicht wissen wollten.

Dann versteht man auch, warum die deutschnationalen Minister die Billigung der Verhandlungsführung durch die deutsche Delegation ausgesprochen und in dem bekannten Kabinettsbeschluß vom 22. Oktober sich damit einverstanden erklärt haben, das in Locarno eingeleitete Werk — so wie es paraphiert und als unabänderlich bezeichnet worden ist — zum Abschlusse zu bringen. Es hat keine wesentliche Differenz bestanden zwischen dem, was die deutschnationalen Minister gewollt und dem Ergebnis, das die Delegation mit nach Berlin gebracht hat.

Nur deutschnationaler Bedenkenlosigkeit in der Wahl der „Argumente" ist es möglich, nachträglich die Dinge so darzustellen, als ob die deutsche Delegation in Locarno den Grundsätzen ungetreu geworden wäre, die im Kabinett festgelegt worden sind, während doch umgekehrt die Deutschnationalen der Politik untreugeworden sind, die sie bis zum 22. Oktober und darüber hinaus bis zu dem bekannten „Unannehmbar" des Parteivorstandes mitgemacht und mitvertreten haben.

Wenn die Möglichkeit besteht, den Deutschnationalen die Maske vollends vom Gesicht zu reißen, dadurch, daß man die von ihren Ministern **mit ausgearbeiteten und gebilligten Richtlinien des Reichskabinetts für Locarno veröffentlicht, warum wird sie nicht genützt?** In dem Weißbuch für Locarno, das die Reichsregierung vorbereitet und dem Reichstage vorlegen will, wäre dieses Kapitel sicherlich eines der interessantesten und aufschlußreichsten.

Abbau der Militärdiktatur

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

*** Madrid,** 18. November

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß das militärische Direktorium nunmehr ernsthaft gesonnen ist, seine Diktaturgewalt niederzulegen, und ein Kabinett aus einigen der früheren Politiker und aus Clementen der Patriotenliga zu bilden, zunächst unter dem Vorsitz Primo de Riveras. Dem Vernehmen nach sollen auch die Generale Navarro und Martinez Anido der kommenden Uebergangsregierung angehören. Von den früheren Politikern werden als künftige Minister genannt: Goicoechea, La Cierva, beide streng konservativ; und der Katalane Francisco Cambó, der kürzlich in der Presse für ein völliges Aufgeben von Nordafrika eintrat.

Tatsache ist, daß die Diktatur schon mehrmals nahe daran war, abzudanken, und daß dann jedoch immer wieder neu eintretende Ereignisse diese durch die Umstände aufgezwungene Absicht nicht zur Verwirklichung kommen ließen. Zuletzt war es der große Widerhall des Erfolges von Alhucemas und Ajdir, der Primo de Rivera erklären ließ: er werde noch drei Jahre im Amte bleiben; obwohl er kurz vorher angekündigt gesonnen gewesen war, ein Zivilkabinett zu berufen. Inzwischen hat sich nun gezeigt, daß auch Alhucemas und Ajdir die Marokkofrage keineswegs entscheidend beeinflussen, und daß so ziemlich alles steht wie vorher;

In die Oeffentlichkeit durfte noch kein Wort der vor kurzem aufgedeckten Offiziersverschwörung gebracht werden, obwohl zur Stunde fast jedermann davon weiß und viele kaum zutreffende Gerüchte im Umlauf sind, wie: daß Primo de Rivera habe verhaftet werden sollen, und daß damit die neue Militärrevolution eingesetzt hätte. Tatsache ist jedenfalls, daß mehrere Offiziere ins Gefängnis gesteckt wurden, die gegen die Diktatur aufzutreten entschlossen waren. Dies allein ist für das Direktorium eine sehr ernste Mahnung, an den Rücktritt zu denken; denn der Ausbruch eines Bürgerkriegs, oder vielmehr: Kämpfe zwischen sich feindlichen Teilen des spanischen Heeres wären für das ganze Land von unheilvollen Folgen. Zunächst wird gegen die festgenommenen Offiziere scheinbar wenig streng oder doch langsam vorgegangen; wohl um nicht übermäßige Erbitterung hervorzurufen.

Die Rückkehr Primo de Riveras aus Marokko wird noch vor Ende dieses Monats erfolgen; und möglicherweise vollzieht sich dann ganz rasch die erwartete Aenderung in Spaniens politischem Angesicht.

Ein vielleicht symbolisches Ereignis gibt gegenwärtig den Stoff zu manchen boshaften Bemerkungen: als Primo de Rivera vor einigen Tagen im Hafen von Melilla den Kreuzer „Viktoria Eugenia" besteigen, entglitt ihm sein Marschallstab und fiel ins tückische Meer. Dieser „Beschlußstab" — wie er auf spanisch heißt — war dem General vor 24 Jahren von seiner Heimatstadt geschenkt worden —be.

Grabskis Konkursmasse

Von
Wilm Stein,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

*** Warschau,** 18. November

Das Fazit der Periode Grabski ist erschütternd: Die Deckungsziloty ist auf einige 30 v. H. zurückgegangen, sein Kurs daher gesunken; der Geldumlauf ist (um die gesetzliche Mindestdeckung zu wahren) künstlich verringert worden auf 380 Millionen — bei einem Normalbedarf von einer bis eineinhalb Milliarden; die Ausgaben ungedeckter „Regierungsziloty" neben den vollwertigen der Bank von Polen hat über 300 Millionen erreicht, und die Gefahr einer zweiten Valuta und einer versteckten Inflation geschaffen. Die Fabriken und Betriebe finden keinen Kredit, privates Geld ist vernichtend teuer. Konkurse, Liquidationen, Arbeitseinschränkungen, Stillegungen sind an der Tagesordnung, die Arbeitslosenziffer steigt erschreckend. Zu dem allen kommt eine unerhörte Not infolge allzu niedriger Gehälter und Löhne bei wachsenden Unterhaltungskosten und enormen Steuerlasten. Die Staatskassen sind leer geworden; schon im Oktober stellte man Zahlungen an Staatslieferanten vorübergehend ein, am 1. November war für manche Beamtenkategorien die Gehaltszahlung schwierig; das Gespenst des Staatsbankrotts grinste durch die Fenster.

Die wachsende Erkenntnis der Lage, die noch durch den Zollkrieg mit Deutschland und die Unzufriedenheit anderer Länder über die Grabskische Einfuhrsperre erschwert war, führte schließlich zu einer Stimmung völliger Desperation, die eine Art geistiges Harakiri erzeugte: man sah verzweifelt die unaufhaltsame Katastrophe nahen, man ventilierte hier und dort schon den Gedanken eines Hilfsersuchens an den Völkerbund, trotz der damit verbundenen Einschränkung der Selbständigkeit. Man meise allenthalben und alles schwarz in schwarz. Wenn man beispielsweise auch nur die Hälfte aller Korruptionsfälle für erwiesen halten wollte, über die in den letzten Wochen gemeldet, geschrieben und gemunkelt wurde, dann müßte man annehmen, daß die Korruption in Polen eine Normal- oder Massenerscheinung geworden sei. Es gab Zeitungen, die Todesstrafen gegen ungetreue Beamte verlangten, und die „Enthüllung" irgendeiner „Affäre" wurde ständiges Thema auch sehr ernsthafter Blätter.

Das Erbe Grabskis ist in verarmter Staat mit korrupteiliger Verwaltung und mit erdrosseltem Wirtschaftsleben. In ihm lebt eine ächzende Bevölkerung, der der Gerichtsvollzieher für Steuerschulden die Möbel pfändet, lebt eine Kaufmannschaft, deren Läden mehr Angestellte als Kunden aufweisen, und für die ein Hundertzlotyschein eine ernsthafte Einnahme ist. In dem verarmten Staate ist die Lebensweise durch die Grenzsperre auf ein primitives Niveau gesunken und die Produktionsstätten schließen, weil sie weder für Steuern noch für Löhne Bargeld aufbrechen können.

Zum Antritt dieses Erbes gehört ein unerhörter Mut — sowohl seitens der Männer, die als verantwortliche Minister eine Rettung aus den Geld-, Wirtschafts- und sonstigen Krisen bringen sollen, wie seitens der Parteien, für die ein Erfolg oder Mißerfolg bei der Liquidation der Grabskischen Konkursmasse Gedeih und Verderb bei den nächsten Wahlen abhängen.

Die Schwere des Erbes schreckt selbst die ehrgeizigsten Männer und auch die festgefügten Parteien zurück, die ihrer Wählerschaft so ziemlich durch thut und Wünn sicher sind. Daher versucht man die Lösung der Krise mit zwei Kombinationen, die eigentlich beide anormale Extremitäten und Verzweiflungsergebnisse sind: die eine heißt „große Koalition aller", die andere „außerparlamentarisches" Kabinett.

Letztere Lösung wäre nichts anderes als eine Wiederholung des Grabskikabinetts mit anderen Männern. Gerade aber die Tatsache, daß Grabskis Regierung „außerparlamentarisch" war, daß keine Partei die Verantwortung für sie übernahm, daß sie mit wechselnden Mehheiten oder mit Vollmachten über das Parlament hinweg regieren mußte, ist von den Parlamentariern ständig als ihre größte Schwäche bezeichnet worden, und die mehr oder minder freiwillige Ausschaltung des Parlaments hat nebenbei — was die Parteien allmählich gemerkt haben — die Autorität und das Ansehen des Parlaments sehr erheblich geschädigt, hat sogar hier und dort eine gar nicht unerhebliche Stimmung gegen den Parlamentarismus überhaupt erzeugt. Sie zeigte sich im (wenn auch zur Zeit noch ungefährlichen) Wachsen monarchistischer Bestrebungen, sie zeigt sich schon hedenklicher in der bei den Rechtsstehen rechts und links wachsenden Sehnsucht nach einer eisernen Diktatorfaust. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der heutigen Stimmung ein energischer Diktator die Gunst des Volkes für sich hätte. Man kann dieses Sehnen wohl auch als eines der Motive ansehen, die zur Demonstration von zwanzig Generalen und tausend Warschauer Offizieren vor Piłsudski führten; sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß er bei der jetzigen Krise nicht abseits stehen werde und brachten ihm — wie einer der Generäle sagte — nicht nur ihre Herzen, sondern auch ihre sieggewohnten Säbel.

0186